

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	V
Literaturverzeichnis .....	XI
Die umsatzsteuerliche Behandlung der Sachspenden unter Berücksichtigung der Vorgaben des Leistungsfähigkeitsprinzips .....	1
Einleitung .....	1
1. Kapitel: Historie der Besteuerung der unentgeltlichen Wertabgaben .....	7
A. Einführung der Eigenverbrauchsbesteuerung .....	7
B. Harmonisierung des Umsatzsteuerrechts .....	8
I. Erste und Zweite Richtlinie zur Harmonisierung des Umsatzsteuerrechts .....	9
II. Sechste Richtlinie zur Harmonisierung des Umsatzsteuerrechts .....	10
III. Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie .....	11
C. Neuregelung durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 .....	12
D. Historie der Besteuerung der Sachspenden .....	13
2. Kapitel: Auslegungsdirektiven .....	15
A. Einflüsse des höherrangigen Rechts .....	15
I. Das Neutralitätsprinzip als vorrangiger Auslegungsmaßstab im Unionsrecht .....	19
1. Herleitung des Neutralitätsprinzips .....	19
2. Ausprägungen des Neutralitätsprinzips .....	20
3. Wirkung des Neutralitätsprinzips .....	22
II. Das Leistungsfähigkeitsprinzip als Auslegungsmaßstab auf unionsrechtlicher Ebene .....	23
1. Formelle Rahmenbedingungen des Leistungsfähigkeitsprinzips im Unionsrecht .....	24
a) Fiskalhoheit der Mitgliedstaaten .....	24
b) Herstellung einer grenzüberschreitenden Besteuerungsgleichheit .....	26
2. Primärrechtliche Anknüpfungspunkte .....	29
a) Steuerrechtlich maßgebliche Vorschriften des AEUV .....	30

b) Ableitung des Leistungsfähigkeitsprinzips aus den unionsrechtlichen Grundrechten.....	32
aa) Der Schutz des Eigentums.....	35
bb) Der Gleichheitssatz .....	37
(i) Gewährleistungsgehalt .....	38
(ii) Das Leistungsfähigkeitsprinzip als Vergleichsmaßstab in Art. 20 GrCh.....	40
(1) EuGH, Urteil vom 23.04.2009 – C-460/07 (Puffer) .....	41
(2) EuGH, Urteil vom 07.03.2017 – C-390/15 (RPO).....	43
(3) EuGH, Urteil vom 19.12.2019 – C-715/18 (Segler-Vereinigung Cuxhaven) .....	44
(iii) Ergebnis.....	45
cc) Solidarität und soziale Gerechtigkeit.....	45
dd) Ergebnis.....	49
c) Allgemeine Rechtsgrundsätze .....	50
aa) Zuständigkeit für die Entwicklung allgemeiner Rechtsgrundsätze .....	52
bb) Primärrechtliche Anknüpfungspunkte für die Entwicklung allgemeiner Rechtsgrundsätze .....	53
cc) Vorgehensweise bei der Etablierung eines allgemeinen Rechtsgrundsatzes .....	54
(i) Minimalstandard .....	56
(ii) Maximalstandard .....	58
(iii) Feststellung allgemeiner Rechtsgrundsätze durch wertenden Rechtsvergleich .....	59
dd) Das Leistungsfähigkeitsprinzip als allgemeiner Rechtsgrundsatz..	62
(i) Erfordernis einer Regelungslücke .....	62
(ii) Entwicklung des Leistungsfähigkeitsprinzips als allgemeinen Rechtsgrundsatz durch wertenden Rechtsvergleich.....	63
(1) Vorgaben der EMRK als Mindeststandard .....	63

(2) Gemeinsame Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten .....	63
(3) Einfügung in das Unionsrecht .....	65
(iii) EuGH, Urteil vom 16.09.2020 – C-528/19 (Mitteldeutsche Hartstein-Industrie AG) .....	67
ee) Ergebnis .....	68
3. Sekundärrechtliche Anknüpfungspunkte.....	69
4. Das Leistungsfähigkeitsprinzip als Auslegungsmaßstab im Umsatzsteuerrecht.....	70
a) Anwendung des Leistungsfähigkeitsprinzips bei direkten und indirekten Steuern .....	70
b) Umsatzsteuer als Einkommensverwendungssteuer .....	74
c) Wahrung des Existenzminimums im Rahmen der Einheit der Steuerrechtsordnung .....	76
d) Ergebnis.....	78
B. Regelungsziele im Rahmen der Besteuerung der unentgeltlichen Wertabgaben.....	78
I. Gleichstellung von Unternehmer und Endverbraucher .....	79
II. Ausgleich der geltend gemachten Vorsteuer.....	80
III. Vereinbarkeit der Regelungsziele unter Berücksichtigung des Leistungsfähigkeitsprinzips .....	82
3. Kapitel: Einordnung der Sachspenden in das System der unentgeltlichen Wertabgaben.....	85
A. Gemeinsame Tatbestandsmerkmale der unentgeltlichen Wertabgaben .....	85
I. Zuordnung des Gegenstands zum Unternehmen und Berechtigung zum Vorsteuerabzug .....	87
1. Bezug der Leistung für das Unternehmen .....	89
a) Unionsrechtliches Verständnis .....	90
b) Nationales Verständnis.....	92
c) Folgen des unterschiedlichen Verständnisses .....	93

2. Bezug der Leistung für Zwecke außerhalb des Unternehmens .....	94
II. Folgen für die Besteuerung der Sachspenden .....	97
1. Unentgeltliche Abgabe gebrauchter oder unverkäuflicher Gegenstände .....	97
2. Unentgeltliche Abgabe neuer Gegenstände .....	99
B. Tatbestand der Entnahme, § 3 Abs. 1b S. 1 Nr. 1 UStG .....	100
I. Begriff der Entnahme .....	101
II. Begriff der Zwecke, die außerhalb des Unternehmens liegen .....	101
III. Abgrenzung zu unentgeltlichen sonstigen Leistungen .....	103
1. Abgrenzung zum Tatbestand der Verwendungsentnahme, § 3 Abs. 9a Nr. 1 UStG .....	103
2. Abgrenzung zum Tatbestand der Dienstleistungsentnahme, § 3 Abs. 9a Nr. 2 UStG .....	105
C. Tatbestand der unentgeltlichen Zuwendungen, § 3 Abs. 1b S. 1 Nr. 3 UStG .....	106
I. Begriff der unentgeltlichen Zuwendung .....	107
1. Abgrenzung zum Tatbestand der Entnahme .....	108
2. Abgrenzung zu Geschenken von geringem Wert .....	111
a) Besteuerung im Rahmen der unentgeltlichen Wertabgaben .....	112
b) Vorsteuerberichtigung .....	113
3. Abgrenzung zu Warenmustern .....	114
4. Abgrenzung zum Sponsoring .....	115
5. Abgrenzung zu Zugaben .....	117
II. Systematische Probleme des Tatbestands .....	118
1. Besteuerung des Letztverbrauchs .....	118
2. Umsatzsteuerbelastung in der Unternehmertkette .....	120
3. Ungleichbehandlung von Lieferungen und sonstigen Leistungen .....	121
III. Lösungsansätze zur sachgerechten Besteuerung der unentgeltlichen Zuwendung .....	123
1. Deklarierung als bloße Gebrauchsüberlassung .....	123

2. Ausstellung einer Rechnung .....	124
3. Minderung der Bemessungsgrundlage .....	125
4. Teleologische Reduktion .....	127
<b>D. Bemessungsgrundlage, § 10 Abs. 4 UStG .....</b>	<b>128</b>
I. Ermittlung der Bemessungsgrundlage bei unentgeltlichen Lieferungen nach § 10 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 UStG .....	129
1. Berücksichtigung von Wertveränderungen .....	129
2. Berichtigungszeitraum .....	130
II. Ermittlung der Bemessungsgrundlage bei unentgeltlichen sonstigen Leistungen nach § 10 Abs. 4 S. 1 Nr. 2 UStG .....	132
III. Ermittlung der Bemessungsgrundlage bei Sachspenden .....	133
1. Unverkäufliche Lebensmittel .....	134
2. Unverkäufliche sonstige Gegenstände .....	135
a) Verderbliche Gegenstände .....	135
b) Fehlerhafte Gegenstände .....	136
c) Mangelnde Nachfrage .....	137
3. Gebrauchte Gegenstände .....	139
4. Neue und noch verkaufsfähige Gegenstände .....	140
<b>E. Entgeltliche Lieferungen, § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG .....</b>	<b>141</b>
I. Abweichen von Entgelt und objektivem Wert .....	142
II. Tausch und tauschähnlicher Vorgang .....	143
1. Entsorgungsleistung als Gegenleistung .....	144
2. Bemessungsgrundlage beim Tausch .....	144
3. Sachspende im Rahmen eines tauschähnlichen Umsatzes .....	146
<b>F. Steuerbefreiungen, § 4 UStG .....</b>	<b>146</b>
<b>G. Ergebnis .....</b>	<b>148</b>
<b>4. Kapitel: Lösungsansätze hinsichtlich der Besteuerung der Sachspenden unter Berücksichtigung des Leistungsfähigkeitsprinzips .....</b>	<b>153</b>

A. Berücksichtigung des Leistungsfähigkeitsprinzips im Rahmen der Besteuerung der Sachspenden.....	153
B. Berücksichtigung des Solidaritätsprinzips .....	155
I. Regelungen der nationalen Einzelsteuergesetze.....	155
II. Umsatzsteuerliche Behandlung echter Zuschüsse .....	157
III. Umsatzsteuerliche Behandlung von Mitgliedsbeiträgen bei einem Idealverein.....	158
C. Ergebnis .....	160
Zusammenfassung der Ergebnisse .....	161